



LAG Freie Wohlfahrtspflege, Gruppenstr. 4, 30159 Hannover,

Fon: 0162/7729920

Netz: www.landesarmutskonferenz-niedersachsen.de

Mail: fabian.steenken@landesarmutskonferenz-nds.de

Pressemitteilung

Armut bekämpfen heißt, das Leben bezahlbar zu machen und extremen Reichtum zu begrenzen

Hannover, 17.10.2026

Zum Internationalen Tag für die Beseitigung der Armut fordert die Landesarmutskonferenz Niedersachsen (LAK) eine grundlegende Neuausrichtung der Sozial- und Wirtschaftspolitik. Während Millionen Menschen zunehmend Schwierigkeiten haben, ihre grundlegenden Lebenshaltungskosten zu bestreiten, konzentrieren sich immer größere Vermögen in den Händen weniger. Die LAK fordert deshalb eine Politik, die die Bezahlbarkeit des Lebens in den Mittelpunkt stellt.

In Niedersachsen sind rund 1,8 Millionen Menschen beziehungsweise 22,9 Prozent der Bevölkerung von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht. Damit ist nahezu jeder vierte Mensch betroffen. Bundesweit sind es rund 17,6 Millionen Menschen. Doch die soziale Krise reicht längst über die statistischen Armutsgrenzen hinaus. Steigende Mieten, hohe Lebensmittelpreise und Energiekosten belasten zunehmend auch Menschen mit mittleren Einkommen. Für viele ist die Frage nicht mehr, wie viel sie am Monatsende zurücklegen können, sondern ob das Geld überhaupt bis zum Monatsende reicht.

„Wir leben in einer Gesellschaft, in der für Millionen Menschen selbst die grundlegenden Dinge des Lebens zunehmend unbezahlbar werden, während sich auf der anderen Seite gigantische Vermögen konzentrieren. Das ist kein Naturgesetz,

sondern das Ergebnis politischer und wirtschaftlicher Entscheidungen. Wer Armut ernsthaft bekämpfen will, muss dafür sorgen, dass Wohnen, Energie, Lebensmittel und gesellschaftliche Teilhabe für alle bezahlbar sind", erklärt Wiebke Humrich, Sprecherin der Landesarmutskonferenz Niedersachsen.

Bezahlbarkeit ist eine Frage politischer Gestaltung

Die enormen Preissteigerungen in gesellschaftlich unverzichtbaren Bereichen wie Energie und Lebensmitteln haben weitreichende Folgen für Menschen in Armut und schwächen die gesamtwirtschaftliche Nachfrage. In Krisenzeiten und bei Lieferengpässen konnten Unternehmen mit großer Marktmacht ihre Preise teilweise über die gestiegenen Kosten hinaus anheben und ihre Gewinne steigern. Die finanziellen Folgen tragen vor allem diejenigen, die ohnehin einen Großteil ihres Einkommens für die grundlegende Versorgung ausgeben müssen. Für die Landesarmutskonferenz ergibt sich daraus eine zentrale politische Schlussfolgerung: Die Preise lebensnotwendiger Güter dürfen nicht allein der Marktmacht großer Unternehmen überlassen werden. Der Staat muss stärker eingreifen, um die Grundversorgung der Bevölkerung zu sichern. Dazu gehören eine wirksame Begrenzung überhöhter Mieten, die Kontrolle von Marktmacht und Übergewinnen sowie gezielte Instrumente zur Stabilisierung der Preise für Energie und Lebensmittel. Strategische Preisdeckel und eine wirksame Überwachung der Preisentwicklung können dazu beitragen, extreme Preissprünge in Krisenzeiten abzufedern und die Bevölkerung vor den Folgen wirtschaftlicher Schocks zu schützen.

„Wer wenig Geld hat, kann steigenden Preisen nicht einfach ausweichen. Man kann nicht aufhören zu wohnen, zu heizen oder zu essen. Während Menschen mit geringem Einkommen jeden zusätzlichen Euro mehrfach umdrehen müssen, können andere aus Krisen enorme Gewinne ziehen. Diese Ungleichheit ist nicht nur sozial problematisch, sie gefährdet auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt", so Fabian Steenken, Geschäftsführer der Landesarmutskonferenz Niedersachsen

Die LAK fordert deshalb:

- **strategische und zeitlich begrenzte Preisdeckel für lebensnotwendige Güter wie Energie und Grundnahrungsmittel in Krisenzeiten,**
- **eine staatliche Preisbeobachtung mit Frühwarnsystemen, um außergewöhnliche Preissteigerungen frühzeitig zu erkennen und Gegenmaßnahmen einzuleiten,**
- **eine stärkere Regulierung marktbeherrschender Unternehmen und wirksame Maßnahmen gegen überhöhte Preise und Gewinnmargen,**
- **die Wiedereinführung einer wirksamen Vermögensteuer,**
- **eine stärkere Besteuerung großer Erbschaften,**

- **die konsequente Abschöpfung krisenbedingter Übergewinne,**
- **höhere Löhne und eine armutsfeste soziale Sicherung,**
- **einen massiven Ausbau des sozialen Wohnungsbaus und eine wirksame Begrenzung der Mieten,**
- **dauerhaft bezahlbare Energie,**
- **einen gut ausgebauten und bezahlbaren öffentlichen Nahverkehr,**
- **eine verlässliche und leistungsfähige öffentliche Infrastruktur.**

Infos:

Die Landesarmutskonferenz LAK Niedersachsen wurde 1995 gegründet. Sie ist ein Zusammenschluss von Verbänden, Gewerkschaften und Initiativen.

Mit der Bitte um Berichterstattung und freundlichen Grüßen

Fabian Steenken – LAK-Geschäftsführer

Kontakt: 0162/ 7729920